

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

24.3.1923 (No. 71)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfach Nr. 3515.

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur: C. A. M. u. d. Karlsruhe.

Preis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für März 1923 3.00 M. — Einzelnummer 150 M. — Anzeigengebühr: 125 M. für 1 mm Höhe und ein Elementar-Zeichen. Briefe und Gelder frei. Bei Rücksendungen laufender Rechnungen, die als Kassenakt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Künftige Anzeigen sind durch Anträge an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, Friedrichstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontokorrenten führt der Kassenakt fort. Erhaltungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung versetzt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Aufdeckung hochverräterischer Umtriebe.

#### \* Severings Zugriff.

Mit Recht ist seit den Tagen der Revolution, in bester Ablehnung aller zu weit gehenden zentralistischen Bestrebungen, der Grundsatz vertreten worden, daß auch im Rahmen der Weimarer Verfassung die Freistaaten bzw. Länder, das Recht auf ein eigenes staatliches Leben, auf Wahrung ihrer Eigenart besitzen. Nur dann, wenn es sich ganz klipp und klar um die Interessen des Reichsganzen handelt, nur dann, wenn das Reich selber die Vertretung dieser Interessen in ganz bestimmter Weise formuliert — sei es durch Gesetze, sei es durch Maßnahmen der Reichsregierung —, nur dann wird um des Reiches willen die Wahrung der freistaatlichen Eigenart zurückgestellt werden müssen.

Am nachdrücklichsten hat bisher Bayern diese seine freistaatliche Eigenart betont. Jetzt ist der größte Freistaat des Reiches, Preußen, diesem Beispiel gefolgt, ohne daß allerdings unter verständigen Menschen auch nur im geringsten darüber gestritten werden könnte, ob durch diese Bekundung preußischer Eigenart das Reichsinteresse berührt werde. Und wir dürfen deshalb wohl überzeugt sein, daß alle die Elemente in Bayern, die bisher die bayerische Politik mit föderalistischen Argumenten, mit dem Anspruch auf Wahrung der bayerischen Eigenart verteidigt haben, nunmehr auch, zum mindesten prinzipiell, das Recht Preußens auf Wahrung seiner Art ebenfalls anerkennen werden. Und das sollte für alle die gelten, die sich außerhalb Bayerns mit den Anschauungen jener Elemente identifizierten.

Die preußische Eigenart heß von je: Zucht und Ordnung, Anerkennung der Autorität, Befolgung der Gesetze. Die Politik des preußischen Ministers des Innern, Severing, entspricht also der besten, preußischen Tradition, wenn der Minister jetzt daran geht, den Kampf gegen die rechtsradikalen (und linksradikalen) Selbstschutzorganisationen in aller Öffentlichkeit auszuführen. Die Staatsautorität, der Staatswille der großen Mehrheit der preußischen Bevölkerung wird dabei auf seiner Seite stehen. Und demgemäß haben sogar gestern die Deutschnationalen des preußischen Landtags erklärt, daß sie „grundsätzlich von der Desperadopolitik der deutschvölkischen Freiheitspartei abwichen u. ihre politischen Ziele nur mit gesetzlichen Mitteln verfolgen“. Und selbst, wenn sie (die Deutschnationalen) zu einzelnen Persönlichkeiten der „deutschvölkischen Freiheitspartei“ auch heute noch kameradschaftliche Beziehungen pflegen, so dürfte das nicht mißdeutet werden; denn die persönliche Kameradschaft sei etwas ganz anderes, als die politische. Und „politisch trenne ein Abgrund die Deutschnationalen von der deutschvölkischen Freiheitspartei“.

Sicherlich wird auch die erdrückende Mehrheit des deutschen Volkes außerhalb Preußens der Meinung Severings beipflichten, daß gerade unter den heutigen Umständen die von den rechtsradikalen Selbstschutzorganisationen drohende Gefahr beseitigt werden muß, da diese Gefahr sich in der letzten Zeit zu einer unmittelbaren Bedrohung des Reichsfriedens im Innern und der Reichseinheit ausgewachsen hat.

Im Auslande aber wird die Tatsache, daß die Staatsautorität mit dem reaktionären Putschismus aufräumt, einen viel besseren und für uns viel günstigeren Eindruck machen, als die Wahrnehmung, daß man in Deutschland jenen Putschismus weiterhin dulde. Und zwar dulde, mit der ebenso optimistischen, wie haltlosen Begründung, daß er ja doch nicht weiter gefährlich sei. Im Auslande glaubt kein Mensch dieser Begründung. Dort ist man über die Gefährlichkeit der rechtsradikalen Selbstschutzorganisationen leider gut genug unterrichtet.

Was nun der preußische Innenminister gestern im Landtag an Material vorgebracht hat, um seine Behauptung von der Gefährlichkeit jener rechtsradikalen Selbstschutzorganisationen zu beweisen, dürfte auch dann ausreichen, wenn man berücksichtigt, daß der Minister mit der Bekanntgabe eines großen Teils seines Materials zurückhalten muß, um nicht die Aktion als solche zu jähigen. Die vorbereitenden

Untersuchungen sind ja von Severing ohnehin in aller Stille erfolgt.

Wir werden am Montag die Rede Severings in genauem Wortlaut wiedergeben, so daß ein jeder Leser Gelegenheit erhält, sich zu orientieren. Aus der Lektüre der Rede, die ja später durch die Veröffentlichung des weiteren Materials ergänzt werden dürfte und durch überaus bedeutungsvolle Untersuchungsergebnisse in Thüringen bereits ergänzt wird, geht klar hervor, daß das Unwesen der Geheimbünde in der letzten Zeit wieder überhand genommen hat, daß diese Geheimbünde militärisch organisiert sind, daß sie, wenn auch meist erfolglos, versuchen, auf die Reichswehr und einzelne Behörden Einfluß zu gewinnen, und daß sie nur auf den Augenblick zum Losschlagen, d. h. auf das Signal zur Entfesselung des Bürgerkriegs warten. Daß daneben auch linksradikale Selbstschutzorganisationen bestehen, ist dem preußischen Innenminister bekannt. Und er hat deshalb erklärt, daß von der preußischen Regierung Selbstschutzorganisationen jeglicher Art verboten werden. „Sie werden aufgelöst, und es wird dafür gesorgt werden, daß die einzelnen Schuldigen strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden“.

Aber Severing hält sowohl ihrer Bedeutung und ihrem Umfang nach, wie ihrer Intellektualität nach die rechtsradikalen Selbstschutzorganisationen für gefährlicher, als die kommunistischen Kampfgliederorganisationen, da die Kommunisten nun einmal politische Kinder sind, und als solche naturgemäß nicht derartig gefährlich werden können, wie jene anderen Organisationen, hinter denen eine Reihe an sich höchst tatkräftiger und intelligenter Leute stehen.

Wie Severing betont hat, wird er seinen Kampf fortsetzen. Er kenne zudem keine Stelle, die ihn von seinem Posten entfernen könne, als nur den preußischen Landtag. Er betonte das allen Versuchen gegenüber, andere Behörden und vor allem die Zentralbehörden, aufzuwiegen oder bei ihnen zu intervenieren. Das heiße faktisch, Angelegenheiten Preußens zu Angelegenheiten anderer Instanzen machen. In Preußen sei die Staatsmacht erfreulicherweise wieder so stabilisiert, daß man sich sehr wohl vertrauen könne, Verschwörer niederzuhalten, ob sie nun von rechts oder von links kommen. Wenn eine Berliner Zeitung dieser Tage ausgerufen habe: „Nicht verweifen, erst einmal tüchtig dreinschlagen!“ so könne Severing nur darauf antworten: Es wird dreinschlagen werden!

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Methode Severings die einzige ist, die zum Ziele führen kann. In den Kreisen jener rechtsradikalen Elemente wird nur eines respektiert: die Macht und der Wille zur Einsetzung dieser Macht. Auf alles andere, auf alle schönen Reden und Beschwichtigungen, sowie auf alle geschriebenen Gesetzesparagrafen pfeifen sie; ihnen imponiert nur die Tat als solche. Und deshalb ist es gut, daß der preußische Innenminister sich zu einer solchen Tat entschlossen hat.

**Dollar-Gehakanweisungen**  
**des Deutschen Reiches**  
Garantiert von der Reichsbank  
**Heute**  
**Schluß der Zeichnung**

#### Severing gegen die rechtsradikalen Putschorganisationen.

Als gestern Minister des Innern Severing im preussischen Landtag die sozialdemokratische Interpellation über das Treiben der Selbstschutzverbände beantwortete, gestalteten sich seine Ausführungen zu einer schweren Anlage gegen alle die Elemente, die von Ludendorff bis zu Hoffbach und Wulle die gegenwärtige Zeit für geeignet hielten und noch halten, geheime Verschwörungen gegen den Bestand der Republik zu inszenieren und ein bewaffnetes Vorgehen gegen die verfassungsmäßigen Einrichtungen und Regierungen vorzubereiten. Der Minister ließ laut Protokollgramm der „Frankfurter Zeitung“, keinen Zweifel darüber, daß er gegen jede Selbstschutzorganisation, sei es auf der rechten oder auf der linken Seite, als Keimzelle des Bürgerkrieges mit aller Energie rücksichtslos vorgehen werde. Die Organisation Hoffbach, über deren Umfang und Verzweigung die Öffentlichkeit bisher nur sehr mangelhaft unterrichtet war, war tatsächlich das Sammelbecken all der destruktiven Elemente, die unter irgend einer neutralen harmlosen Firma militärische Rüstungen betrieben, Putschpläne ausarbeiteten und alle „national aktiven“ Kräfte zu dem großen Schläge zusammenzufassen suchten. Man hielt Schießübungen in Döberitz ab, die aufgelösten Organisationen erschienen unter anderem Namen wieder an der Oberfläche, man trat an die Reichswehr heran (die Reichswehronomados und die Reichswehrgeschwader bewiesen allerdings nach des Ministers Angaben volle Loyalität). In Potsdam hat noch am letzten Samstag Herr Hoffbach Reichsoffiziere, die aus dem ganzen Reich zusammengelassen waren, seine Pläne auseinandergesetzt und sie um die Neutralität beim bewaffneten Losschlagen gebeten; aus Briesen, die er verlas, konnte Herr Severing einwandfrei nachweisen, daß seit 14 Tagen die engste organisatorische Verbindung zwischen Wulle und Hoffbach einerseits und den Herren Götter und Ludendorff andererseits hergestellt war. Herr Götter verlangte die politische Führung, aber Herr Ludendorff behielt sich den Zeitpunkt vor, an dem er auch formell nach außen die Führung übernehmen wollte. Noch vor dem 31. März an dem bekanntlich die Selbstschutzorganisationen endgültig befristet sein sollten, wollte Herr Hoffbach losschlagen.

Man kann wahrhaftig sagen, daß das Material des Ministers eindeutig und durchschlagend war, obwohl er ausdrücklich hervorhob, daß er die rein militärische und kriminelle Seite der ganzen Angelegenheit unberührt lasse, weil sie zur Zuständigkeit der Gerichte gehört. Der Oberreichsanwalt hat das Material erhalten, um das Hochverratsverfahren gegen die Beteiligten einzuleiten. Es wird von Interesse sein zu verfolgen, wie weit der Kreis der gerichtlichen Untersuchung gezogen wird, namentlich, ob auch das Verschwörernest in München dabei betroffen wird. Sehr bemerkt wurde in der Rede des Ministers der deutliche Hinweis darauf, daß er als preussischer Minister sich bei der Verfolgung der staatsgefährlichen Geheimorganisationen durch keine Intervention irre machen lassen werde, auch dann nicht, wenn ihre deutschvölkischen Protektoren Reichs- und andere Zentralinstanzen dafür zu interessieren versuchen.

Zum Schluß erklärte Herr Severing mit Nachdruck, daß er in den nächsten Tagen mit aller Kraft zugreifen und der Hydra der rechtsradikalen Putschorganisationen den Kopf abschlagen werde, so daß endgültig Ruhe eintrete. Preußens Staatsgewalt sei stark genug, um die Unruhestifter auf allen Seiten unschädlich zu machen.

(Den genauen Wortlaut der Rede Severings bringen wir in der Montag-Ausgabe unserer Zeitung. D. Red.)

#### Erdrückendes Beweismaterial.

Nach Berliner amtlicher Mitteilung haben polizeiliche Hausdurchsuchungen in deutschvölkischen Geschäftsstellen und die in den letzten Tagen vorgenommenen Verhaftungen von deutschvölkischen Führern erdrückendes Material dafür zutage gefördert, daß in den rechtsradikalen Gruppen gefährliche Anschläge gegen die verfassungsmäßige Staatsordnung und einzelne ihrer Repräsentanten geplant waren. Wie es scheint, sind die Umtriebe von den Geheimorganisationen ausgegangen, die nach dem bekannten Abkommen zwischen dem Reichswehrministerium und dem preussischen Minister des Innern bis zum 31. März mit ihrer Auflösung oder Unterdrückung zu rechnen hatten; bei manchem der Angeeschuldigten mag die Absicht mitgespielt haben, durch ein gewaltsames Vorgehen die Auflösung zu verhindern, um sich so die weitere Tätigkeit im bisherigen Wirkungskreise und damit auch die wirtschaftliche Existenz zu sichern.

Unter den in Berlin verhafteten deutschvölkischen Ortsgruppenführern befindet sich ein Major Smetlage, ferner Kapitän Goulmann, Prof. Danke sowie einige Führer des Jugendbundes Nord. Die Verhafteten wurden im Polizeipräsidium vernommen. Auch im Büro der „Deutschen Zukunft“, das sich in der Wohnung des verhafteten Oberleutnants Hoffbach in Wannsee befand, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Zahlreiche Akten, die gesamte Korrespondenz Hoffbachs und die Korrespondenz der Organisation Abteilung II der Deutschvölkischen Freiheitspartei wurden beschlagnahmt.

Die polizeiliche Durchsuchung, die am Donnerstag vormittag von Beamten der Berliner politischen Polizei in den Geschäftsräumen der Deutschvölkischen Freiheitspartei und bei verschiedenen Führern dieser Partei in Berlin, zugleich aber auch in anderen preussischen Städten wie Kassel, Erfurt, Halberstadt,



## Kurze Nachrichten.

Urteile des Staatsgerichtshofes. Vor dem Staatsgerichtshof hatten sich der Major a. D. Böller und der ehemalige Schriftleiter Schulz, beide aus Straßburg, wegen schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten und von Regierungsmitgliedern durch die Presse zu verurteilen. Böller wurde wegen Beleidigung zu sechs Monaten Gefängnis, Schulz wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu 40 000 M. Geldstrafe verurteilt.  
Ferner verurteilte der Staatsgerichtshof den Hauptkassierer der Mitteldeutschen Presse in Stuttgart Hans Postenroth wegen schwerer Beleidigung des Reichspräsidenten, der Mitglieder der Reichsregierung und des Oberbürgermeisters Scheidemann, sowie wegen fortgesetzter Beschimpfung der Republik zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren 6 Monaten sowie zur Geldstrafe von insgesamt 100 000 Mark.

## Badische Wochenrückblicke.

Leuerungsindez und Lebensmittelpreise — Lebensmittelfürsorge der Freiburger Schilbürger — Die Donaueschinger Fahrplankonferenz — Ausbau des Oberheins — Das Konstanzer Wohltätigkeitswerk.

Als Unterlagen zur Feststellung der jeweiligen Indeziffer in der Leuerungsbewegung wird von den Preisprüfungsämtern dem Reichsamt das Ergebnis der Stichfeststellungen übermittelt. Wir greifen heute aus der letzten Sitzung der Preisprüfungskommission in Mannheim einige interessante Zahlen heraus. Die berühmte fünfjährige Familie der Reichsindeziffer hat in einem Zeitraum von vier Wochen für Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung gebraucht:

1913/14	114,59 M. =	1
10. Januar 1923	91910. —	= 802
24. Januar	157417. —	= 1374
7. Februar	262198. —	= 2288
21. Februar	294407. —	= 2569
7. März	321472. —	= 2805
21. März	320798. —	= 2800

In den letzten vier Wochen hat sich die Leuerungsziffer um 9 Prozent erhöht, im Durchschnitt von Februar auf März um 15,4 Prozent. Die Preisbewegung zeigt in den verschiedenen Gruppen und innerhalb dieser wieder bei den einzelnen Artikeln eine ungleichmäßige Kurve. Mit Ausnahme der Kartoffeln und Gemüse sowie der Butter, die im Preise gestiegen sind, zeigen die Lebensmittel eine preissenkende Tendenz. Mehl, Nährmittel, Fleisch und Fett insbesondere sind im Preise zurückgegangen. Der Grundpreis für Zucker, der bereits sehr hoch ist, wird von der Reichsregierung festgesetzt. Man versteht vielleicht nicht eher die Höhe des Großhandelspreises von 2200 bis 2340 M. für das Kilo. Der Kleinhandel hat neben Aufwänden und Verdienst zu berücksichtigen, daß die Zuckerfabriken Brutto für Netto liefern. In Karlsruhe hat man sich auf einen Kleinhandelspreis von 1480 M. für Kristallzucker und 1540 M. für die übrigen Sorten geeinigt. Der Mannheimer Vertreter des Kleinhandels erklärte sich in der Preisprüfungssitzung bereit, mit einem Ladenpreis von 1400 M. für Kristallzucker, 1450 M. für Weisenzucker und 1500 M. für Rüchzucker auszukommen. Wenn Ausländer eingeführt werden dürfte, würde er sich bereits um 50 Prozent höher stellen als Inlandszucker. Angesichts des hohen Zuckerpreises, der durchaus keine Tendenz einer Verbilligung aufweist, wird befürchtet, daß ein großer Teil des Zuckers garnicht von den Konsumenten abgenommen werden könne.

Daß die Schilbürger noch nicht ausgestorben sind, berichtet die „Volksmacht“ in Freiburg. Dort wollte für die Bedürfnisse Freiburgs ein hilfsvoller Mitbürger ca. 8 Zentner Meis spenden. Der Wagen mit dem Meis fuhr vor der Karlskaserne, in der sich das Fürsorgeamt befindet, vor. Hier brach aber unter den Beamten ein Kompetenzstreit darüber aus, wer die Lebensmittel in Empfang zu nehmen habe. Da keine Einigung erzielt wurde, mußte das Gespann tatsächlich wieder abfahren und wird nun den Meis noch einmal nach der Karlskaserne zu bringen haben, bis zu welcher Zeit man hoffentlich darüber klar geworden ist, wer für den Empfang der Spende, die einen Wert von über 1 Million Mark darstellt, zuständig ist. Wer bezahlt die wohl viele Tausende betragenden Melkosten für das zweimalige Abfahren?

Vergangenen Montag fand in Donaueschingen eine Fahrplankonferenz statt, die sich hauptsächlich mit dem badischen Durchgangsbereich vom Bodenseegebiet und vom badischen Oberland nach Mittel- und Nordbaden beschäftigte. Es wurden Erläuterungen zu der heutigen Verkehrsfrage, wie sie durch den Einbruch der Franzosen in die Orientau und durch die dort bestehende Verkehrsperre geschaffen worden ist, gegeben. Es wurde festgestellt, daß der Güterzugsverkehr keinerlei Einschränkungen durch Einlegung von Bügen mit Personenbeförderung erfahren dürfe. Ferner wurde nachdrücklich auf die durch die Ruhrbesetzung der Eisenbahn gebotene Rücksichtnahme hingewiesen. Der Eisenbahndirektion Karlsruhe und Stuttgart

## „Das neue Kunsthandwerk“.

Für das neue deutsche und österreichische Kunsthandwerk war die Deutsche Gewerbeschau, die im vorigen Jahre in München stattfand, eine glänzende Bestätigung. Die ganze Welt hat sich damals davon überzeugen können, daß Deutschland kunstgewerblich heute unbestritten die Führung in der Hand hat, falls man willkürlich unbefangenen von westlichem Standpunkt aus urteilen will.

Gewiß ist ein großer Teil der deutschen und österreichischen Kunstgewerblichen Produktion auf den Geschmack einer reichen und anspruchsvollen Minderheit. Und so kommt es, daß vielfach der spielerische Gedanke den Gedanken schlichter Zweckmäßigkeit und reiner handwerklicher Schönheit in den Hintergrund drängt. Wer man darf nicht vergessen, daß nun einmal jene Minderheitschicht vorhanden ist, daß sie ihre ganz bestimmten Ansprüche stellt, und daß auch außerhalb Deutschlands ähnliche Schichten dominieren. Grundmäßig wäre es für das deutsche Kunstgewerbe besser, wenn es, wie im Mittelalter, und wie in Ostasien auch heute noch, mehr in die Tiefe und Breite ginge, um so zu einer Angelengeheit des ganzen Volkes zu werden. Das würde allerdings eine einheitliche Volkskultur voraussetzen. Und die haben wir nicht mehr bezw. noch nicht wieder. Immerhin hat auch die deutsche Gewerbeschau in München erkennen lassen, daß ein großer Teil der deutschen kunstgewerblichen Produktion ganz bewusst im Dienste der Volksmäßigkeit steht und gerade hier seine besten Leistungen hervorbringt.

Wer über das neue deutsche Kunsthandwerk textlich und bildlich einen Überblick geben will, der wird sich also an die Deutsche Gewerbeschau in München halten müssen. Und das hat denn auch Alexander Koch in Darmstadt getan, als er sich entschloß, sein großes Werk „Das neue Kunsthandwerk in Deutschland und Österreich“ herauszugeben. Diese Herausgabe wird für den um das deutsche

Handwerk so hoch verdienten Mann noch deshalb eine besondere Genugung gewesen sein, weil bekanntlich die Gewerbeschau selbst nur dank seiner zielbewußten Propaganda zustande gekommen ist. Hat Koch mit dieser Propaganda eine vaterländische Tat ersten Ranges ermöglicht bezw. herbeigeführt, so bedeutet das von ihm herausgegebene Werk von neuem eine solche Tat.

„Das neue Kunsthandwerk“ stellt einen stattlichen Band in Folioformat dar, der im ganzen nicht weniger als 334 Abbildungen aus allen Gebieten des neuzeitlichen Kunstgewerbes enthält. Daneben finden sich zahlreiche textliche Beiträge, die sämtlich so instruktiv sind, daß wir auch nicht einen von ihnen missen möchten. Hervorragende Architekten und bekannte Kunstgewerbliche Schriftsteller haben hier mitgearbeitet. Wir nennen von solchen Architekten Richard Niemerschmid, Hugo Geörg, R. J. Köhner, von Schriftstellern Hermann Schwein, Max Doborn, Graf Rino Gordonberg, Dr. K. S. Werlein.

Inhaltlich ist der Band wahrhaft umfassend, wenn auch natürlich nicht eine jede Leistung schlechthin Berücksichtigung finden konnte, da sonst ein mehrbändiges Werk in Leporelloformat entstanden wäre. Jedenfalls sehen wir hier im Bilde so ziemlich jede Kategorie vertreten: Ausstellungsräume, Wecker, Wildtiere, Wädicchen, Dosen, Eisengitter, Eisenarbeiten, Glasarbeiten, Werke der Goldschmiedekunst, Grabsteine, Dolzhäuser, Antarkis, Keramik, Kleinplastik, Leuchter und Lampen, Messingarbeiten, Möbel, Hen und Kamine, Schmuckgegenstände, Spiegel, Spielzeug, Stidereien und Spitzen, Tafelgerät und Tafelschmuck, Tapeten und Stoffe, Tischdecken, Vasen und Schalen, Wandmalereien und Wohnräume.

Niemand wird das Buch ohne tiefe ästhetische Befriedigung und ohne reiche und anschauliche Belehrung durchzublättern. Schließlich wird man es fortlegen als einen lohnenden Schatz der eigenen Bibliothek, mit dem Gefühl des Stolzes, daß unser armes, gequältes Vaterland derartig hoher, kunstgewerblicher Leistungen fähig ist und daß es bei uns einen Verlaas gibt der

mattes in einer Versammlung zu Stodach zu eigen gemacht habe, als ob von Staatswojen nicht genügend für die Landwirtschaft getan werde. Er verweist auf den Hauptvoranschlag und erinnert an die 90 Millionen zur Abdeckung der Reichsanleihen. Der Staatspräsident fährt fort: Ich will mich mit den beiden Herren nicht auseinandersetzen. Ich habe das Empfinden, daß man wider besseres Wissen mit derartigen Argumenten im Lande herumflunkert. Für den 4. Nachtrag sind beim Finanzministerium bereits Anträge zugunsten der Landwirtschaft eingereicht, besonders auch zur Förderung der Vieh- und Pferdezüchtung.

Abg. Gebhard vertritt den Standpunkt des Landbundes in der Umlagefrage und stellt im Gegensatz zum Abg. Seubert fest, daß sich das Vertrauen zur Landwirtschaftskammer mehr wie je gefestigt habe. (Widerpruch im Zentrum.) Auch könne von einer leichtfertigen Aufstellung des Voranschlags nicht die Rede sein.  
Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) findet den immer wiederkehrenden Notschrei der Landwirtschaft für übertrieben. Dieses Verben um die Seele des Bauern übersteige das erträgliche Maß. Den zweiten Teil des Antrages beschloß auf Ablehnung der Getreideumlage könne die sozialdemokratische Fraktion nicht zustimmen.

Abg. Dr. Schmitt-Karlsruhe (Zentr.) polemisiert gegen den Landbund.  
Abg. Dr. Glodner (Dem.) stimmt dem Antrag Weishaupt zu.  
Abg. Dr. Föhr (Zentr.) führt Beispiele dafür an, daß die Landwirtschaftskammer in letzter Zeit im Sinne des Landbundes politisiert worden sei.  
Abg. Weber (D. Wpt.) stimmt den Zentrumsanträgen zu.  
Abg. von Au nimmt den Landbund gegen die Vorwürfe von Zentrumsseite in Schutz.  
Abg. Weishaupt (Zentr.) stellt im allgemeinen eine günstige Aufnahme seines Antrages fest.  
Abg. Maier sagt, das Zentrum würde durch seine Agitation dem Landbund nur nützen.  
Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.) lehnt den Ergänzungsantrag Seubert ab, der die Regierung um Prüfung der Frage bittet, ob sie über die ausgeworfenen Mittel für die Landwirtschaft nicht selbst verfügen soll.  
Abg. Dr. Mattes (D. Wpt.) rechtfertigt seine Ausführungen in Stodach.

Staatspräsident Memmel bemerkt, er habe in den vier Jahren wiederholt bemerkt, daß er die Sache von der Person zu trennen weiß. Man möge Agitation treiben wie man wolle, aber ihn, den Innenminister aus dem Spiel lassen, der jetzt größere Sorgen hat, als sich mit solchen Kleinigkeiten herumzubalgen.  
Abg. Gebhard (Landbund) begründet einen Antrag, die im 4. Nachtrag einzufüllenden Mittel der Landwirtschaftskammer zu überlassen, da sie angesichts ihres Aufgabentranges die einzige richtige Stelle sei.  
Die Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), Glodner (Dem.) und Weber (D. Wpt.) entnehmen aus dem Gang der Debatte die Notwendigkeit, über die sachliche Verteilung der Mittel zunächst im Haushaltsauschuss schlußfähig zu werden.  
Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D. Natl.) stimmt dem letztgenannten Landbundantrag zu. Damit ist die Rednerliste erschöpft. Der Antrag Weishaupt auf Vereinfachung größerer Mittel im 4. Nachtrag sowie der Ergänzungsantrag Seubert werden mit Mehrheit angenommen. Der Landbundantrag ist also gefallen. Eine Reihe von Positionen passieren ohne Debatte.  
Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) dankt der Regierung für die Unterstützung der caritativen Anstalten und spricht lebhaftes Anerkennung denen aus, die im Dienste der Barmherzigkeit stehen.  
Abg. Bod (Komm.) wünscht für alle Orte mit starker Arbeiterbevölkerung unentgeltliche Beratungsstellen für Geschlechtskrankheiten.  
Staatspräsident Memmel: Diese Anregung ist beachtenswert und soll geprüft werden. Sie wird auch vom Abg. Biegelmaier-Oberkirch (Zentr.) unterstützt, während die Abg. Frau Siebert (Zentr.) auf die Gefahren des Mädchenhandels verweist und die Bahnhofsmission der staatlichen Hilfe empfiehlt.  
Die dafür vorgesehene Position wird auf 500 000 M. erhöht. Die restlichen Forderungen des Ministeriums werden unbedingtenfalls unter Annahme eines Antrages, die Regierung wolle die Einstellung von 20 Millionen als Zuschuß für die Handwerkskammern (siehe Antrag Gerfurth) alsbald prüfen.  
Abg. Dr. Glodner (Dem.) erstattet darauf Bericht über Hauptabteilung VII Arbeitsministerium. Hier werden mehr gefordert: Im ordentlichen Etat 64 040 000 M., im außerordentlichen Etat 2 821 315 000 M.  
Der Antrag des Ausschusses geht auf Annahme mit folgenden Änderungen: Die Nachforderung zum Einmünzigen Reduktionsantrages wird von 1,8 auf 3 Millionen, jene für die Ausbildung von Sozialbeamten und Wohlfahrtsprüferinnen von 950 000 auf 1 950 000 M. erhöht.  
Abg. Habermehl (D. Natl.) erläutert des näheren die Mehraufwendungen für Wasser- und Straßenbau und Geologische Landesaufnahme.  
Abg. Bod (Komm.) bebauert, zu dieser Stunde (10 Uhr) nicht mehr mit der nötigen Gründlichkeit auf die sozialen Probleme eingehen zu können. Er setzt sich für die alkoholfreie Getränke ein, ferner für finanzielle Unterstützung der Arbeitersekretariate, für Erhöhung des Beitrages zur Erwerbslosenfürsorge und für die Existenzmöglichkeit der Sozialrentner.

## Badischer Landtag.

Karlsruhe, 23. März.

Bei Weiterberatung des Nachtragsrats bringt Abg. Seubert (Zentr.) verschiedene Wünsche im Interesse der Beamten und Inassen der Heil- und Pflegenanstalten vor.

Der Beitrag für die Deutsche Kunstausstellung in Karlsruhe wird von 200 000 auf 500 000 M. erhöht.  
Abg. Weishaupt (Zentr.) begründet einen Antrag auf Einstellung weiterer Mittel für die Landwirtschaft im 4. Nachtrag.

Abg. Seubert (Zentr.) wendet sich gegen zunehmende Politisierung der Landwirtschaftskammer und oberflächliche Aufstellung ihres Voranschlags.  
Staatspräsident Memmel tritt der Auffassung des Abg. Hertle vom Landbund entgegen, die sich auch der Abg. Dr.

diesen Leistungen durch die Herausgabe eines Buchwerkes weiten Nachhall und unvergängliche Bedeutung sicherte. Die Ausstattung des Bandes ist, wie bei allen Werken Alexander Kochs, von musterzüglicher Gebiegenheit. Seine Anschaffung sei deshalb allen Instituten und allen Persönlichkeiten, die beruflich mit dem deutschen Kunsthandwerk zu tun haben, aufs wärmste empfohlen.  
Curt A m e n d.

\* Max Reinhardt geht nach den Vereinigten Staaten. Durch den jüngsten Erfolg des Moskauer Künstlertheaters in New York bestärkt, hat der bekannte amerikanische Theatermanager Morris Gest für die nächste Saison Max Reinhardt nach New York verpflichtet, um dort vier bis sechs Aufführungen mit amerikanischem Personal und in englischer Sprache zu leiten; eröffnet wird diese Vorstellungsreihe mutmaßlich mit Hofmannsthal's „Welttheater“. Nach den bisherigen Abmachungen wird Reinhardt mit einem Stab von Delfern im November nach den Vereinigten Staaten kommen und gegen Weihnachten die erste Aufführung herausbringen.

\* Ein neues musikwissenschaftliches Unternehmen. Das musikwissenschaftliche Seminar der Universität Königsberg i. Pr. veröffentlicht unter Leitung des dortigen Privatdozenten Dr. Joseph Müller-Blattau eine Schriftenreihe unter dem Titel: „Königsberger Studien zur Musikwissenschaft“ (verlegt durch das musikwissenschaftliche Seminar in Königsberg i. Pr. Auslieferung durch die Musikalienhandlung R. Küterböck daselbst). Als erster Band erscheint soeben ein 156 Seiten umfassendes Buch von Müller-Blattau über „Grundzüge einer Geschichte der Fuge“ (1923), das aus der Gemeinschaftsarbeit des musikwissenschaftlichen Seminars der Universität Freiburg i. Pr. unter Leitung von Prof. W. Carli hervorgegangen ist und als erster Versuch die Geschichte einer der wichtigsten musikalischen Formen von deren Anfängen im Mittelalter bis zur Gegenwart behandelt.

Bei der Einzelberatung wird einmütig ein Antrag angenommen, zu prüfen, ob die Summe der Beihilfen zur Abhaltung von Betriebsratversammlungen auf 3 Millionen erhöht werden kann.

Beraten durch den Abg. Grollinger (Zentr.) äußert sich Arbeitsminister Dr. Engler

über die Vergütung der Baukostenzuschüsse. Sie geschehe auf die einfachste Art. Der Minister kommt dann auf die Darlegungen des Abg. Bod zurück. Die alkoholfreien Getränke seien leider zu wenig bekannt. In der Alkoholfrage hänge viel vom guten Beispiel ab. Auch der Minister ist vom hohen Wert der Reichsausstattungen überzeugt. Er wird dies im nächsten Nachtrag weitgehend zum Ausdruck zu bringen suchen. Was die Erwerbslosenfürsorge anlangt, so sind wir im Reichstag für Erhöhung der Unterstützungssätze eingetreten. Die Sätze für die Sozialrentner sollen vom Reich demnächst auf 40 000 M. monatlich erhöht werden.

Abg. Dörr (Landbund) beklagt die starke Belastung der Landstrassen durch den Autobesitzer. Die Autobesitzer sollten durch Steuern zur Unterhaltung herangezogen werden. Die übrigen Positionen des Arbeitsministeriums werden debattelos erledigt.

Abg. Freidhof berichtet schließlich über Hauptabteilung VIII Oberrechnungskammer. Diese Behörde erhielt bekanntlich den Namen Rechnungshof und damit eine Erweiterung ihrer Befugnisse. Auch in diesem Punkte wird dem Nachtrag zugestimmt.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Abg. Marim, erörtert dann das Finanzgesetz. Es ergibt sich nunmehr abgültig der Eingänge aus der wesentlich erhöhten Grund- u. Gewerbesteuer mit 4 Milliarden jährlich ein Defizit für beide Jahre von 8031 Millionen.

Die Lage ist also ernst geworden. Auch der Staat hat die Verschlechterung der Konjunktur in ungleicheren Mehrausgaben schwer zu tragen. Möge es gelingen, die Ausgaben im laufenden Rechnungsjahre durch Einnahmen auszugleichen.

Das Haus erteilt dem Gesetz (bei Stimmenthaltung des komm. Abg. Bod) in beiden Lesungen seine Zustimmung. Da man verhandlungsmüde ist, wird die förmliche Anfrage der Linken wegen der Vorgänge in Steinen von der Tagesordnung abgesetzt. Nächste Sitzung unbestimmt.

Schluß 10 Uhr.

### Badische Übersicht. Rechtsradikale Agitation.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Nach zuverlässigen Mitteilungen hatte am 4. März d. J. in Neustadt i. Schw. eine Versammlung stattgefunden, bei der Hauptmann a. D. Damm, der bekannte Leiter des südwestdeutschen Zeitungsdienstes, gesprochen hat. Diese Versammlung war auch von einzelnen Herren aus Bonndorf besucht, darunter von dem Apotheker Schüller-Bonndorf. Am 11. März hat Apotheker Schüller in Bonndorf von sich aus zwei Versammlungen abgehalten, eine nachmittags für Auswärtige und eine abends für Bonndorfer. Die Teilnehmer waren persönlich geladen; von Auswärtigen sollen es namentlich Landbürgermeister gewesen sein. Apotheker Schüller soll hierbei die Ziele einer Geheimorganisation auseinandergesetzt und u. a. behauptet haben, diese handle im Auftrag des Reichswehrministers.

In einer Verfügung des Ministers des Innern vom 7. März 1923 über links- und rechtsradikale Propaganda wurde bereits darauf hingewiesen, daß eine derartige Agitation rechtsradikaler Kreise, namentlich von Führern der verbotenen Geheimbünde, mit der Behauptung, Vorbereitungen irgend welcher Art erfolgten im Auftrag der Regierung oder des Reichswehrministers durchaus unwahr ist, und unter keinen Umständen geduldet werden darf. Polizei und Gendarmerie sind mit entsprechenden Anweisungen versehen, zupreislich sind die Bürgermeister darauf hingewiesen worden, daß sie durch eine etwaige Teilnahme an derartigen Versammlungen oder durch Nichtberücksichtigung der Propaganda sich strafbar machen und abgesehen von strafrechtlichen auch disziplinarischen Einschreiten zu gewärtigen haben.

### Eisenbahnunfall bei Epfenhofen.

Am 23. März nachmittags entgleisten unmittelbar vor der Eisenbahnhochbrücke bei Epfenhofen an der Strecke Immenhingen-Baldshut vier Güterwagen. Die entgleisten Wagen brachen z. T. auf der Brücke durch. Dabei stürzten Wagen untergeteilte von der Brücke ab. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Brücke ist stark beschädigt. Die eingeleitete Strecke ist durch den Unfall für den durchgehenden Zugverkehr auf einige Tage gesperrt. Der Personenzugverkehr wird durch Umsteigen ausreicht erhalten. Der Güterzugverkehr wird über Singen Schaffhausen umgeleitet. Die Ursache des Unfalls konnte noch nicht festgestellt werden.

### Aus der Landeshauptstadt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wird am Montag vormittag zu Besprechungen über Angelegenheiten seines Ressorts in Karlsruhe eintreffen.

### Vergabung von Ehrenzeichen an Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren.

Zu einer ebenso ernten wie würdigen Feier versammelten sich am Mittwoch nachmittag die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt im großen Rathsaussaal. Es galt die Entgegennahme der von der Regierung und der Stadtverwaltung gestifteten Ehrenzeichen für 20-, 25- und 40jährige Dienstzeit. Am 20. März wurde dieses Jahr erstmals das Diplom für 40jährige Dienstzeit vergeben, und zwar an Wilhelm Schnäbele-Rüppurr. Dem feierlichen Akte im Rathsaussaal wohnten seitens der Stadt-Brandinspektion Herr Oberbaurat Seitz, seitens der Eisenbahnverwaltung Herr Baurat Fritterer und seitens der Firma Wolff & Sohn, Herr Georg Wolff an. Eröffnet wurde der Festakt durch den Choral „Die Himmel rühmen den Erweisen Etre“ seitens der Feuerwehrlapelle. Hierauf richtete Herr Oberbaurat Seitz herzliche Worte der Anerkennung für die treue Dienstleistung an die Erschienenen. Er wies auf die heutige Zeit hin und hob besonders hervor, daß gerade die Feuerwehren dem Wahlspruch folge: „Alle für Einen und Einer für Alle“; so sollte es im ganzen deutschen Volke sein; man sollte sich an der Feuerwehren ein Beispiel nehmen, denn heute sei es nötiger wie je, daß sich einer für den andern opfere. Hierauf anschießend richtete Herr Bürgermeister Schneider namens der Stadtverwaltung Worte der Anerkennung an die Feuerwehren; es seien gewaltige Leistungen, welche die Feuerwehren in 20- bzw. 40 Jahren vollbracht hat, ganz besonders für die Stadt und ihre Einwohner. Bürgermeister Schneider hob ganz besonders hervor, daß man noch lange nicht auf die Freiwilligen Feuerwehren verzichten könne, wenn wir auch eine gut organisierte Feuerwache haben. Der Zugang in letzter Zeit (seit 1920 von 221 Mann auf 307 Mann) beweise, welche guten Geist der Feuerwehren innewohnt. Mäher wünschte dem Korps von Herzen Glück für die zukünftige Entwicklung. Hierauf wurden sowohl seitens des Herrn Oberbaurats Seitz als auch des Herrn Bürgermeisters Schneider die Ehrenzeichen übergeben, und zwar erhielten:

Das Diplom für 50jährige Dienstzeit: von der Feinm. Feuerwehren Rüppurr; Wilhelm Schnäbele.

Das Ehrenzeichen für 40jährige Dienstzeit: von der Feinm. Feuerwehren Beierheim; Karl Köhler; von der Feinm. Feuerwehren Daglanden; Johannes Köpfermann; von der Feinm. Feuerwehren Rüppurr; Wilhelm Furrer, Friedrich Glöckner, Friedrich Graf, Johann Mansbörfer.

Das Ehrenzeichen für 25jährige Dienstzeit: von der Städtischen Freiwilligen Feuerwehren; Martin Kasper, Alois Jochler, Sigmund Schieß, Valentin Buhl, Peter Fischer, Friedrich Heim; von der Feuerwehren Beierheim; Gerhard Grath, Wilhelm Rastätter II, Albert Wimböck; von der Feuerwehren Daglanden; Gottlieb Kiefer, Josef Kutterer, Felician Schwall, Valentin Waltenberger; von der Feuerwehren Grünwinkel; Max Rubin; von der Feuerwehren Rüppurr; Wilhelm Fischer, Heinrich Hofen; von der Feuerwehren Wolff & Sohn; Friedrich Gontner, Julius Schilling, Florian Meurer.

### Das Ehrenzeichen für 20jährige Dienstzeit.

Von der Städtischen Feinm. Feuerwehren: Paul Buske, Theodor Busam, Arneim Ritz, Rudolf Schütz, Heinrich Sauer, Otto Köllisch, Karl Grunewald, Gottlob Bauer, Heinrich Penninger, Hermann Bader; von der Feinm. Feuerwehren Beierheim; Bernhard Fischer IV., Wilhelm Rastätter I., Georg Braun, Georg Bauer; von der Feinm. Feuerwehren Daglanden; Fridolin Weiß, Guido Meißner, Jakob Pfanz, Rudolf Schneider, Ferdinand Waltenberger; von der Feinm. Feuerwehren Grünwinkel; Simon Schaub, Leopold Wöflinger; von der Feinm. Feuerwehren Rüppurr; Ludwig Fischer, Jakob Joachim, Friedrich Glöckner; von der Bahnhoffeuerwehren: Georg Huber, Wilhelm Fall, Jakob Beh, Gustav Brand.

(Die Ehrenzeichen an die Mitglieder der Feuerwehren Mühlburg werden anlässlich des im Juni stattfindenden 75jährigen Jubiläums überreicht.) Oberkommandant Heuser dankte namens der Dekorierten; er nahm Bezug auf die Vergabung und dankte der Regierung und der Stadtverwaltung als auch den beiden Herren für die schönen Worte, welche sie der Feuerwehren gewidmet haben. Die Feuerwehren wird auch fernhin tun, was in ihren Kräften steht. Ein dreifaches Hoch auf die Regierung und Stadtverwaltung bekräftigte die Ausführungen des Oberkommandanten Heuser. Mit dem Choral „Ich bete an die Macht der Liebe“ schloß die eindrucksvolle Feier.

Hierauf begab sich das Korps geschlossen durch die Kaiser- und Erbsingstraße nach der Restauration Ziegler zu einem kleinen Festbankett. Im Verlauf desselben machte Oberkommandant Heuser die Mitteilung, daß der Verwaltungsrat beschlossen habe, die beiden langjährigen Mitglieder, 2. Kommandant Stolz und Hauptmann Wagner, aus Anlaß ihres Ausscheidens aus dem Korps zu Ehrenmitgliedern zu ernennen. Hierauf wurden den Jubilaren seitens der einzelnen Abteilungen Erinnerungsgaben überreicht. Korpsführer Schneider gedachte in anerkennenden Worten der Tätigkeit des Verwaltungsrates und des Kommandos während der letzten Dienstperiode. Zur Verschönerung des Abends trugen humoristische Vorträge und Darbietungen der Korpskapelle, unter Leitung des Korpsführers Schulz, bei.

### Staatsanzeiger.

Gemäß § 805 der Reichsversicherungsordnung bringe ich nachstehende Bekanntmachung des Reichsversicherungsamts vom 13. März 1923 zur allgemeinen Kenntnis.

Karlsruhe, den 22. März 1923. Der Badische Arbeitsminister, S. B. Fuchs, aeger.

### Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 805 und 842 der Reichsversicherungsordnung wird der nach Anhörung des Genossenschaftsverbandes vom Reichsversicherungsamt für die Zeit vom 1. April 1923 bis auf weiteres festgesetzte zweite Nachtrag zum Prämiertarif der Genossenschaft für die Reichsunfallversicherung der Fahrzeug- und Reittier-Haltungen vom 2. Dezember 1921 nachstehend bekannt gemacht.

Berlin, den 13. März 1923. Das Reichsversicherungsamt. — Abteilung für Unfallversicherung, Dr. Kaufmann.

Zweiter Nachtrag zum Prämiertarif der Genossenschaft für die Reichsunfallversicherung der Fahrzeug- und Reittier-Haltungen vom 2. Dezember 1921.

- 1. Zu den Tariffassen aller Gefährlassen wird ein Zuschlag von 150 vom Hundert erhoben.
- 2. Die Höhe der Mindestprämie werden, wie folgt geändert: In allen Gefährlassen wird für jedes Vierteljahr eine Mindestprämie erhoben, deren Höhe das Fünftel des am Schlusse dieses Vierteljahres gültigen Portos für einen einfachen Brief im Inland-Fernverkehr beträgt.

Die neuen Sätze gelten vom 1. April 1923 bis auf weiteres. Beschluß. Festgesetzt gemäß § 804 der Reichsversicherungsordnung. Berlin, den 13. März 1923. Das Reichsversicherungsamt. — Abteilung für Unfallversicherung, Dr. Kaufmann.

### Badisches Landestheater.

Sonntag, den 25. März. Abends 6 1/2 u. 9 Uhr. Sp. I. Abt. 7000 M. Der Evangelimann. Aufzählungen auf Vorzugskarten: I. Rang etc. 2700 M., Sperrsitz II etc. 2300 M., II. Rang 1800 M., III. Rang 1400 M., IV. Rang 1000 M.

Konzerthaus. Abends 7-10 Uhr. Park. I. Abt. 3000 M. Alt-Heidelberg.

### Am Ostersonntag, 31. März 1923

bleiben unsere sämtlichen Geschäftsräume geschlossen

Reichsbankstelle Darmstädter & Nationalbank Badische Bank Veit L. Homburger Mitteldeutsche Creditbank Rheinische Creditbank Städt. Sparkasse nebst Zweigstellen Südd. Disconto-Gesellschaft Straus & Co. Vereinsbank Karlsruhe

### Praktische Oster-Geschenke

Große Auswahl bester Solinger Taschenmesser Rasiermesser, Rasierapparate, Rasierutens. Haar- und Bartschneidemaschinen Scheren aller Art, Nagelpflege-Artikel Tischbestecke, Tranchiermesser, Löffel Taschenlamp., Feuerzeuge, Zigarettenetuis etc. Einschl. Reparaturwerkstätte und Feinschleiferei

Geschw. Schmid Kaiserstraße 88 Nähe Marktplatz

CARL DIEHL Karlsruhe, Waldstraße 38 Tel. 725 früher gegenüb. d. Hauptpost STETS NEUHEITEN in Uhren jeder Art, Gold-, Silber- und Elfenbeinschmuck, Eheringe, Service Passende Ostergeschenke bei den zurückgesetzten Preisen unsrerer Branche

Starker Zweispänner-Bordwagen neu, sowie ein Motor Drehstrom 0,75 PS billig abzugeben. B.321

Handwagenfabrik Winter & Philipp Schweligen, Karlsruhestraße 29.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbett, direkt an Private, Katalog 78 R frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Bürgerl. Rechtspflege u. Streitige Gerichtsbarkeit. Öffentliche Klagenstellung. B.573.22 Karstadt. Maria Anna Weisenburger.

geboren 7. September 1922 in Au a. Rh., vertreten durch den Vormund Marcus Weisenburger I in Au a. Rh., klagt gegen Schneider Joachim Weisenburger, zuletzt in Au a. Rh., z. St. an unbekanntem Orten, aus Unterhalt, mit dem Antrag auf Verteilung zur Zahlung von Unterhaltsrenten und zwar vom 7. September 1922 bis 7. November 1922 von monatlich 1500 M., vom 7. November 1922 bis 7. Januar 1923 monatlich 4500 M. und vom 7. Januar 1923 bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres vierteljährlich im Voraus 12000 M. Termin zur mündlichen Verhandlung vor dem Amtsgericht Karstadt ist bestimmt auf Freitag, den 25. Mai 1923, vormittags

9 Uhr. Der Beklagte wird hierzu geladen. Karstadt, 20. März 1923. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Bericht. Bekanntmachungen Ratfahrener zum alsbaldigen Eintritt gesucht. Zahlung nach Gruppe 6 der Besoldungsordnung. Bewerber, welche im Verwaltungs-, Grundbuchdienst u. Rechnungswesen gründlich ausgebildet sind, und selbstständig arbeiten können, wollen sich bis 1. April 1923 unter Vorlage ihrer Zeugnisse melden. B.325.2. Feudenberg, den 21. März 1923. Gemeinderat: Hofmann.

### Bergabung von Wegbauarbeiten

Wir vergeben namens der Gemeinden Röttenbach und Friedenweiler die Bauarbeiten für die Fertigstellung des Wegbaues von Röttenbach nach Friedenweiler in zwei Losen. Hauptfachliche Arbeiten: Erd- und Humusbewegung etwa 6000 cbm, Planierungen etwa 2800 qm, Mauerwerk etwa 6200 qm, Befestigung etwa 800 cbm.

Angebote nach Einheitspreisen sind spätestens 9. April d. J., vormittags 11 1/2 Uhr, auf dem Rathaus in Röttenbach einzureichen.

Pläne und Bedingungen befinden sich auf unserm Geschäftszimmer eingesehen werden, wofür Angebotsdrucke zum Selbstkostenpreis von 200 Mark abgegeben werden. Freiburg, 17. März 1923.

Bad. Wasser- und Straßenbauamt.

Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung gegen Verzahlung. Fundstücken vom 4. Vierteljahr 1922 und unanbringliche Güter, darunter 1 Mandoline, 1 Gitarre, 1 Luftpumpe für Handbetrieb, 1 Baro-Thermograph, am Mittwoch, den 28. März 1923, vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend im Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Magazinhof). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausbezogen. A.599 Karlsruhe, 22. März 1923. Reichsbahndirektion Materialamt.

Essentielle Versteigerung alter, für Eisenbahnzwecke nicht mehr geeigneter Geräte, darunter: Binden, Laternen, Kasse, Kochherd u. a. m. gegen Verzahlung am Dienstag, den 27. März l. J., vormittags 8 Uhr beginnend, im Gerichtsversteigerungsraum Karlsruhe, alter Personenbahnhof (Eingang Rüppurrstr.). Materialamt der Reichsbahndirektion.

Forstamt Triberg verkauft freiwillig aus Distr. II. Holzabteilungen und III. Storenwald b. Hornberg: rd. 300 Fhm. Nadelholz l.-v. M., rd. 10 Fhm. Laubholz (Alhorn, Buche, Eiche, Kirschenbaum) II.-v. M., 577 Fhm. und Noppenstangen l.-IV. M., 170 Ster